

ARD soll heißen „Allgemeinwohl, Relevanz, Demokratie“. Die Rolle der Öffentlich-Rechtlichen und das Konzept des Zukunftsrats. *Von Tanjev Schultz*

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ein komplexer, nicht mehr ganz junger Organismus. Bewegt er sich, kann er schon mal ächzen und stöhnen. Er sollte sich aber nicht gehen lassen, er wird gebraucht. Und er kann noch immer eine gute Zukunft haben. Dafür muss er sich auf seine wichtigsten Aufgaben und seine größten Stärken besinnen. Er braucht nicht überall herumzuturnen, muss nicht überall mitmischen. Vieles können andere – ob Netflix oder ProSieben – besser oder genauso gut.

Der Zukunftsrat, der Anfang des Jahres 2024 Vorschläge für Reformen vorgestellt hat, liegt richtig: Der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland muss geschärft, seine Strukturen müssen verbessert werden. ARD darf nicht bedeuten „Alle reden durcheinander“, sondern: Allgemeinwohl, Relevanz, Demokratie. Für das ZDF und das „Deutschlandradio“ gilt das ebenso.

Die Bürgerinnen und Bürger mit soliden Informationen zu versorgen und auf seriöse Weise die Meinungs- und Willensbildung anzuregen, gehört zum Kern des Auftrags. Dieser Kern darf nicht aufgeweicht werden. Er darf auch nicht verdeckt werden durch eine ungenießbare Hülle. In den kommenden Jahren werden die Herausforderungen, die durch Populismus und Extremismus, durch digitale Desinformation und soziale Desintegration erwachsen, eher größer als kleiner werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist in dieser Lage mehr denn je gefragt als eine kritische Instanz und als eine integrierende Kraft. Als Quelle für verlässliche Berichterstattung muss er Junge und Alte in der Gesellschaft gleichermaßen erreichen und einen konstruktiven Dialog über unterschiedliche Generationen, Milieus und politische Lager hinweg organisieren. Er muss individuelles und kollektives Lernen ermöglichen.

Das wird nur gelingen, wenn sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Wesentlichen als eine journalistische Institution versteht. Nicht als Showbetrieb, nicht als digitaler Zirkus – aber auch nicht als dröges Nischenangebot für eine kleine Informationselite. In der internationalen Berichterstattung, im regionalen und im investigativen Journalismus ist viel mehr möglich – und nötig. Die Programme müssen junge Menschen gewinnen

*Prof. Dr. Tanjev
Schultz ist Professor
für Journalismus
an der Johannes
Gutenberg-Universität
Mainz und u. a.
mitverantwortlich
für die Mainzer
Langzeitstudie zu
Medienvertrauen in
Deutschland.*

und überzeugen, ohne deshalb jeden Firlefanz von Social Media mitzumachen und sich der Logik der Plattformen zu unterwerfen. Das ist schwierig, aber nicht unmöglich. Qualität und Substanz sowohl von Informationen und Meinungen als auch von Unterhaltungsangeboten sind beim Publikum sehr wohl gefragt – sie müssen im besten Sinne kultiviert werden. Das bedeutet auch, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk seiner Gestaltungsaufgabe stellt, er nicht nur Trends hinterherläuft, sondern selbst welche setzt.

Der Zukunftsrat hat sich zu Recht nicht darauf beschränkt, Ideen für eine effizientere Organisation zu entwickeln. Entscheidend ist, was der Rundfunk leisten soll. Dafür müssen geeignete Strukturen gefunden und die nötigen Ressourcen bereitgestellt werden. Die Öffentlich-Rechtlichen sollen die Menschen zusammenbringen, was aus Sicht des Zukunftsrats auch heißt:

„Die bisherige Ausrichtung des Angebotsauftrags auf deutsche Staatsangehörige ist nicht auf der Höhe der Zeit. Die Öffentlich-Rechtlichen sollten für alle da sein, die dauerhaft in Deutschland zuhause sind und als künftige Wählerinnen und Wähler in Betracht kommen.“

Diese Klarstellung ist überfällig. Das Land hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Als gewachsene Einwanderungsgesellschaft sind heute andere Angebote gefragt als früher. Viel zu wenig wird bisher darüber gesprochen, wie die Öffentlich-Rechtlichen die vielen Menschen gewinnen können, die eine Migrationsgeschichte haben. Das betrifft die Personen, Inhalte und Lebenswirklichkeiten, die im Programm vorkommen, aber auch die Sprache. Deutsch ist nicht das Maß aller Sprachen. Englisch, Arabisch, Türkisch, Russisch und Ukrainisch brauchen Platz bei den Öffentlich-Rechtlichen.

Digitale Ausspielwege machen vieles möglich, das im linearen Programm nicht geht. Es ist gut, wenn der Zukunftsrat jetzt darauf dringt, dass die Anstalten ihre Kräfte in der Technologie und in der Verwaltung bündeln. Es ist an der Zeit, dass ARD, ZDF und „Deutschlandradio“ gemeinsam eine technologische Basis schaffen, auf der alle digitalen Angebote laufen können. Ihre Programme müssen gut sichtbar sein, und das öffentlich-rechtliche System muss eine Alternative zu den kommerziell gepolten Algorithmen der Internetkonzerne aufbauen. Perspektivisch sollte sogar eine europäische öffentlich-rechtliche Plattform das Ziel sein.

Die Gremien müssten sich weiter für die Zivilgesellschaft öffnen. Dazu hat der Zukunftsrat recht wenig gesagt. Sinnvoll könnte es beispielsweise sein, einen Teil der Vertreterinnen und Vertreter in den Rundfunkräten aus der gesamten Gesellschaft per Los zu bestimmen. Denkbar ist auch ein Verfahren, das dem ähnelt, das für die Auswahl von Schöffen an den Gerichten angewendet wird. Es geht darum, nicht nur Bürgerinnen und Bürger zu repräsentieren, die in einem Verein, einer Gewerkschaft oder einer Partei organisiert sind, sondern wirklich alle.

Ob es eine eigene ARD-Dachanstalt braucht, die auf nationaler Ebene die Angebote steuert und den föderalen Absprache-Wirrwarr beendet, ist eine andere Frage. Das Ziel des Zukunftsrats ist vernünftig: den Irrgarten und die Blockaden in der Programmgestaltung aufzulösen. Doch wird es am Ende nicht auch bei einer solchen eigenständigen Einheit viele Scharniere

Nur eines darf nicht passieren: dass alles so bleibt, wie es immer war. Die Egoismen der einzelnen Anstalten müssen hinter den Programmauftrag zurücktreten.

zu den einzelnen, regionalen ARD-Anstalten geben? Ob diese quietschen und knarzen, lässt sich schwer vorhersagen. Womöglich ließe sich eine effizientere Struktur mit weniger Absprachen und besserer Aufgabenverteilung auch errichten, ohne eine völlig neue, zusätzliche Einheit aufzubauen, die neue Probleme erzeugt. Nur eines darf nicht passieren: dass alles so bleibt, wie es schon immer war. Die Egoismen der einzelnen Anstalten müssen hinter den gemeinsamen Programmauftrag zurücktreten.

Um den Auftrag zu erfüllen, muss Geld umverteilt werden. Überteuerte Sportrechte sind ein Luxus, den sich die Öffentlich-Rechtlichen nicht mehr leisten können. Nicht einmal die traditionsreiche „Sportschau“ ist unverzichtbar. Denn alles, was andere mindestens genauso gut anbieten und wo Pluralität nicht essenziell ist, gehört auf den Prüfstand. Im linearen Programm war es noch halbwegs plausibel, große Shows und Sportereignisse zu zeigen und damit das Publikum auch an die Informationsangebote zu binden, die beispielsweise während einer Fußball-Halbzeitpause oder nach dem Ende eines Krimis ausgestrahlt werden. Bei vielen Jüngeren, die kaum noch linear zuhören und zuschauen, greift dieser Mechanismus nicht mehr. Hier muss der audience flow im Netz organisiert werden, unter anderem durch passende Empfehlungssysteme.

Wie gut der Auftrag erfüllt wird, sollte in einer intensiven Begleitforschung durch unabhängige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler untersucht werden. Wenn es möglichst klare, am Gemeinwohl, der Relevanz und der Demokratie orientierte

Kriterien für die Leistungen des Programms gibt, kann dies zugleich ein Hebel für die Steuerung der Finanzen sein. Der Zukunftsrat hat dazu einen bedenkenswerten Vorschlag gemacht. Es ließe sich darüber hinaus überlegen, ob ein Teil der Gehälter (bzw. Boni) auf der Leitungsebene im öffentlich-rechtlichen Rundfunk an die Leistungen gebunden werden. Wichtig dabei ist jedoch, wegzukommen von allzu simplen Erfolgsindikatoren wie bloßen Reichweiten und Marktanteilen.

Unwichtiges einzusparen und Geld umzuschichten, ist nicht gleichbedeutend mit einem Sparkurs. Es wäre kurzsichtig, ausgerechnet in diesen Zeiten am öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu sparen. Wer sich international umsieht, wird im Vergleich feststellen, dass die Bundesrepublik mit ihrem Rundfunksystem großes Glück hat, allen Schwächen und Defiziten zum Trotz. Daraus erwächst eine Verpflichtung, dieses Glück nicht zu verspielen.